

PROTOKOLL

=====

der nichtöffentlichen Landtagssitzung vom 3. Sept. 1945.

Anwesend alle Mitglieder. Regierungsvertreter Dr. Vogt.

Präsident: Ich begrüße alle Mitglieder des Landtages. Ich er-  
suche den Schriftführer das Protokoll der letzten Sitzung zur  
Verlesung zu bringen: Das Protokoll wird einer kleiner Prüfung  
unterzogen.

Bevor wir zur eigentlichen Tagesordnung übertreten, ist noch  
ein Einbürgerungsgesuch des Herrn Dr. jur. Alois Golen und Frau  
zu behandeln und zwar handelt es sich hier nur um einen prinzipi-  
ellen Beschluss, nicht aber um die endgültige Entscheidung, da  
nämlich vorerst die Stellungnahme der Eidgenossenschaft abgewartet  
werden muss.

Dr. Vogt: Ich kann das Einbürgerungsgesuch Golen nur empfehlen. Er  
hat folgende Einkaufssummen geboten: Gemeindetaxe Frs. 25000.--  
Landestaxe 12500.-- Fr. und Kaution Frs. 30 000.--. Es sind  
dies die normalen Gebühren. Das Ehepaar ist ohne Anhang und  
beide Teile schon sehr alt, nämlich über 80 Jahre. Die Regierung  
empfiehlt daher das Ansuchen.

Sele: Ich möchte zurückkommen auf den Antrag des Abg. Hasler.

Kindle: Dies könnte dann beraten werden, wenn der Beschluss endgültig  
durchgeführt wird.

Dr. Vogt: Ich würde beantragen, dass zustimmender Beschluss gefasst wird.

Präs.: Ich bringe das Einbürgerungsgesuch zur Vorabstimmung.

Die Abstimmung ergibt einstimmigen bejahenden Beschluss, vorbehalt-  
lich der Zustimmung der Schweiz.

Dr. Vogt: Ich will noch kurz über die internierten Russen orientieren:  
Er führte in längeren Ausführungen aus, über die Verhandlungen mit  
der Sowjetrussischen Delegation und erwähnte im besonderen, dass  
bei einer Aussprache zwischen Herr Pfarrer Frommelt und der  
Sowjetrussischen Delegation über die Art und Weise der Ausschaffung  
gesprochen wurde, dabei war Pfarrer Frommelt der Meinung, dass  
alle Druckmittel versucht werden sollen und es bis zur Ausliefe-  
rung kommen solle, dass aber die Russen dann nicht ausgeliefert  
werden sollen.

Die Delegation war hingegen der Meinung, dass die Russen tatsächlich ausgeführt werden sollen. Er sei dann in dieser Russenangelegenheit nach Bern gefahren, um den Schweizerischen Standpunkt bezüglich der Auslieferung zu erfahren, nach <sup>dem</sup> die hiesige ~~manam~~ Sowjetrussische Delegation den Standpunkt vertrat, dass die Schweiz die Russen ebenfalls ausliefere. Die Schweiz stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, dass ziemlich Druckmittel anzuwenden sind, eine Auslieferung komme aber niemals in Frage. Die Sowjetrussische Delegation der Schweiz habe sich mit diesem Standpunkte einverstanden erklärt. In unserem Lande werde nach wie vor der Grundsatz aufrechterhalten, dass die Sowjetrussische Delegation nur die Freiwilligen übernehmen kann, niemals werden die Russen aber ausgeliefert. Die Sachlage sei ernst, und man müsse alles tun, um das Prestige der Sowjetrussischen Delegation zu wahren. Er habe dann versucht mit dem Eidgenössischen Politischen Departement Fühlung zu nehmen, und demselben klar zu machen, dass die Restbestände der Russen, nach Abreise der Delegation, nach England oder Amerika abgeschoben werden sollten.

Sämtliche Russen werden nun in drei Lager verteilt und zwar in Ruggell die Emigranten, also die Nichtsowjetbürger, an welchen die Delegation auch kein Interesse hat, im zweiten Lager alle Sowjetrussen und endlich im dritten Lager die renitenten Russen (etwa 19 an der Zahl), welche ständig auf die übrigen Russen gegenteilig einwirken. Wer sich diesen Anordnungen nicht fügt, dem wird ~~das~~ Asylrecht entzogen, und an die Grenze gestellt. Er bittet den hohen Landtag um Verständnis für diese Lage und um Billigung dieses Regierungsbeschlusses. Es liegt im Interesse des Landes die ganze Russenfrage möglichst loyal zu lösen.

Präs.: Ich danke Herrn Dr. Vogt für seine sehr aufschlussreichen Ausführungen sowie für die umfangreichen Bemühungen in den letzten Tagen und hoffe, dass der Landtag diesen Regierungsbeschluss deckt.

Hoop: Die Russen sollten dann mit den hiesigen Leuten nicht in Berührung kommen. Ferner solten durch die Presse die Leute hierüber aufgeklärt werden.

Andle: Gerüchteweise habe ich vernommen, dass die Russen zuwenig zu essen hätten, und dass sie kein Stroh im Lager haben. Trotz allem sollte man die Russen doch einigermaßen als Menschen behandeln.

Es.: Da die Russen nur einige Tage in der Turnhalle in Vaduz seien, haben dieselben es abgelehnt auf Stroh zu schlafen.

Ritter: Für die Durchführung des heutigen Regierungsbeschlusses wäre es zweckmässig, wenn dieser Beschluss in der Presse bekanntgemacht würde.

Esle: fügt an, wie es sich mit dem Bankett im Waldhotel verhalte.

Vogt: Die Einladungen hiezu sind vor mir erfolgt. Durch internationale Gepflogenheiten ist jeder Staat sozusagen verpflichtet, beim Aufenthalt einer Delegation eines anderen Staates ein Empfangsbankett zu geben. Wenn wir ein souveräner Staat sein wollen, müssen wir diese internationalen Gepflogenheiten ebenfalls pflegen. Solche Bankette müssen auch einen Rahmen haben, d.h. es muss eine gewisse Anzahl Teilnehmer vorhanden sein, weshalb er an jeden Einzelgeladenen die Bitte stellen liess, in Begleitung einer Dame zu erscheinen. Ich möchte der neuen Regierung ebenfalls empfehlen, solche Repräsentationspflichten gegebenenfalls zu erfüllen.

Es.: weist darauf hin, dass es bei unseren kleinen Verhältnissen sehr schwierig sei, den Rahmen bei solchen Einladungen festzusetzen.

Es.: Wir wollen nun über den Regierungsbeschluss betreffend die Internierung der Russen abstimmen.

Die Abstimmung ergibt einhellige Genehmigung.

Wir kommen nun zum eigentlichen Punkt der Tagesordnung und zwar zur Neuwahl der Gesamtregierung. (Dr. Vogt entfernt sich).

Seitens der Bürgerpartei sind folgende Nominationen beschlossen worden:

Regierungschef: Steuerkommissär Alexander Frick in Schaan

Regierungsrat: Abgeordneter Hoop Franz in Ruggell

Regierungsratsstellvertreter: Rudolf Marxer Mauren.

Ich ersuche nun den Fraktionsführer der Union ihre Nominationen bekannt zu geben:

Dr. Ritter: Unsere Nominationen sind:

Regierungschefstellvertreter: Reg. Sekretär Ferd. Nigg Vaduz

Regierungsrat: Alois Wille, Altvorsteher, Balzers,

Regierungsratstellvertreter: Alexander Sele Triesenberg.

Herr Regierungsssekretär Nigg hat zu seiner Nomination die ausdrückliche Bedingung gestellt, dass wenn er seine Amtszeit als Regierungschefstellvertreter beendigt habe, er wieder zu seinem heutigen Posten als Regierungsssekretär zurückkehren kann, unter Anrechnung der Dienstzeit als Regierungschefstellvertreter.

Präs.: Ich begreife den Herrn Regierungsssekretär vollkommen, und glaube, dass sich hier ein Weg finden lassen wird. Unser Kandidat Herr Steuerkommissär Frick steht in der gleichen Lage, er selbst hat allerdings eine ähnliche Bedingung nicht gestellt, doch halte ich es sogar als Pflicht der nun einmal verfassungsmässig verankerten Parteien, für die Existenz der auf solch exponierte Posten berufenen Beamten besorgt zu sein.

Dr. Ritter: gibt sodann der Meinung Ausdruck, dass selbstverständlich für beide Herren eine Regelung getroffen werden muss.

Der Landtag beschliesst sodann, dass der Regierungsssekretär im Falle seiner Wahl zum Regierungschefstellvertreter nach Beendigung dieser Dienstzeit unter Anrechnung dieser Dienstjahre wieder auf seinen heutigen Posten als Regierungsssekretär zurückkehren kann. Desgleichen beschliesst der Landtag auch hinsichtlich des Steuerkommissärs Frick, dass er im Falle seiner Wahl zum Regierungschef nach Beendigung dieser Dienstzeit unter Anrechnung derselben wieder auf seinen heutigen Posten ~~zurückkehren~~ zurückkehren kann, oder aber, wenn dieser Posten definitiv besetzt sein sollten, ihm eine gleichwertige Stelle vom Lande aus sichergestellt wird. Eine definitive Regelung dieser Angelegenheit, wird, im Falle dass der Posten des Steuerkommissärs seinerzeit dann definitiv besetzt sein sollte, vorbehalten.

Dr. Ritter: Von diesem Beschlusse sollte auch dem Landesfürsten Kenntnis gegeben werden, nachdem diese beiden Herren Staatsbeamte sind.

Präs.: sagt die Verständigung des Landesfürsten zu.

Brunhart Heinrich: Ich möchte beantragen, dass die <sup>Abgeordneten</sup> Bürgerpartei unseren

Kandidaten ebenso stimmt, wie wir den ihrigen stimmen, nicht wie bei der Wahl des Vicepräsidenten des Landtages. Andernfalls wären wir gezwungen, auch unsererseits unsere Konsequenzen zu ziehen.

Präs.: Ich erwarte, dass wirklich Gegenrecht geübt wird, andernfalls bitte ich, dass jeder der Herren jetzt seine Bemerkungen anbringt.

Re: Bei der Neubesetzung der beiden freiwerdenden Posten sollten beide Parteien berücksichtigt werden in dem Sinne, dass jede Partei für ihren Regierungsvertreter den Nachfolger auf seinen bisherigen Posten nominiert.

Präs.: Ich bin nicht in der Lage, in Namen der Partei Erklärungen zum Gegenstande abzugeben, doch meinerseits bin in der Ansicht, dass diese Stellbesetzungen schon mit Rücksicht auf die bestehende Koalition einvernehmlich vorgenommen werden sollen. Wenn ich in dieser Angelegenheit meiner persönlichen Meinung noch weiter Ausdruck geben darf, möchte ich darauf hinweisen, dass bei Stellenbesetzungen prinzipiell in erster Linie die Qualität des Bewerbers und erst in zweiter Linie die Parteizugehörigkeit berücksichtigt werden sollte. Es ist in den letzten Jahre allerdings nicht immer diese Praxis geübt worden und ich wäre in der Lage Beispiele anzuführen, die sich dann eben nicht im Interesse des Landes ausgewirkt haben. Auf alle Fälle möchte ich aber meine Ansicht wiederholen und ich glaube auch die übrigen Herren meiner Fraktion hiemit einverstanden, dass die Stellbesetzung einvernehmlich erfolgen soll und dann wird man auch eine Befriedigung der Parteien herbeiführen können.

Präs.: Ich möchte beantragen, dass <sup>den</sup> abtretenden 3 Herren der Regierung der Septembergehalt noch ausbezahlt wird, nachdem 2 Herren (Dr. Vogt und Präs. Frommelt) dieses Jahr noch keinen Urlaub hatten, und Herr Dr. Hoop bisher in Krankheitsurlaub war. Der Landtag ist mit der Ausbezahlung des Septembergehaltes an die drei abtretenden Herren einverstanden.

Schluss der nichtöffentlichen Sitzung 11.45 Uhr.

*J. M. M. M.*  
63